

Vielfalt und macht vorherige Naturschutzmaßnahmen zunichte. Ähnliche Bedenken gibt es auch beim Ausbau der erneuerbaren Energien. Parlament und Behörden ermöglichen den Bau von Energieanlagen in Naturschutzgebieten und nehmen derartige Projekte sogar von der sonst verpflichtenden Umweltverträglichkeitsprüfung aus. Umweltpolitik gilt heute wieder als Luxus. Das erschwert die Arbeit der Verbände.

Umweltschutz bleibt zweitrangig

Seit dem Ende der 90er-Jahre hat Griechenland einige positive institutionelle Veränderungen erlebt. So wurden verschiedene Umweltinstitutionen ins Leben gerufen, die jetzt aber besonders von Kürzungen bedroht sind. Das Programm der griechischen Regierung für grünes Wachstum sieht beispielsweise die Verbesserung der Steuerung von Umweltmechanismen und -institutionen vor. Das bleibt aber ein leeres Versprechen: Ein 2010 neu geschaffener Umweltfonds hatte in der Praxis nur eine kurze Lebensdauer. Schon 2011 machten es Regierung und Parlament möglich, 95 Prozent des Fonds für andere, dringendere Staatsbedürfnisse zu verwenden. Seit einer

weiteren Reform im Jahr 2012 bleiben sogar nur noch 2,5 Prozent der Gelder für die Finanzierung von Umweltvorhaben übrig. Dabei mangelt es gerade für die erfolgreiche Umsetzung der wichtigsten Umweltgesetze an Geld und an Personal. Alle Regierungsabteilungen sind unterbesetzt – sei es auf nationaler, regionaler oder lokaler Ebene. Besonders deutlich wird das am Beispiel der Bundesanstalten für Forstwirtschaft, die kaum noch in der Lage sind, ein ökologisches Waldmanagement zu leisten. Illegaler Holzabbau und Waldbrände sind die Folge.

Die Leiter der Forsteinrichtungen im Norden Griechenlands haben ihre Bedenken auf den Punkt gebracht: Die ausbleibende finanzielle Unterstützung und der Personalabbau in Ministerien und Behörden verschlechtere die Arbeitsfähigkeit der Forstanstalten, die maßgeblich für den Schutz der Wälder verantwortlich ist. Infolgedessen werde die Zerstörung der Wälder aufgrund von Bränden oder illegaler Abholzung in Zukunft noch zunehmen.

Hinzu kommt, dass die Dieselpreise immer weiter steigen und damit auch der Wert von Feuerholz. Bis vor Kurzem war der Preisanstieg nur an den Tankstellen zu spüren, während die Regierung die Preise

für Heizöl als sozialpolitische Maßnahme auf niedrigem Niveau hielt. Inzwischen sind die Dieselpreise aber gleichgesetzt – viele Haushalte mit immer weiter schrumpfendem Einkommen mussten sich also alternative Heizstoffe suchen. Holz ist wieder gefragt. Dadurch ist auch illegaler Abholzung Tür und Tor geöffnet, schließlich können staatliche Einrichtungen den Schutz der Wälder nicht mehr gewährleisten.

Die griechische Regierung muss also dringend die Initiative ergreifen und gegen die Panik ankämpfen, die die Troika in Exekutive, Legislative und Judikative ausgelöst hat. Andernfalls setzt Griechenland all seinen Reichtum aufs Spiel – vor allem den ökologischen.

Aus dem Englischen von Lavinia Roveran und Daniel Hiß

Dr. Gerassimos Arapis ist Professor für Ökotoxikologie an der Agricultural University of Athens, Vizepräsident der Umweltorganisation Elliniki Etairia und sitzt im Präsidium des Europäischen Umweltbüros.



Kontakt:
E-Mail:

Ökosteuern

Umweltpolitik als Krisenpolitik

Eine ökologische Finanzreform setzt auch ökonomische Anreize – die Politik nutzt das aber nicht aus

Je länger die europäische Finanz-, Wirtschafts- und Währungskrise andauert, desto mehr schwindet das Vertrauen in die Krisenpolitik der EU und ihrer Mitgliedstaaten. Dabei liegt die Lösung auf der Hand: Statt nur Sparmaßnahmen zu verlangen, sollten die europäischen Staats- und Regierungschefs mit der Steuerpolitik richtige Anreize setzen. Das würde Wirtschaft und Umweltschutz voranbringen. ■ VON CONSTANZE ADOLF, GREEN BUDGET EUROPE

Im nunmehr sechsten Jahr der gravierendsten finanziellen und wirtschaftlichen Krise, die Europa in den vergangenen 70 Jahren erlebt hat, müssen viele Regierungen einen Spagat wagen: Einerseits gilt es, die Haushalte zu konsolidieren und andererseits die Wirtschaftskraft ihres Landes nicht weiter zu schwächen. Viele Unternehmen und private Haushalte sind hoch verschuldet, Wirtschaftlich-

keit und Wettbewerbsfähigkeit sind schon lange nicht mehr Mittel für Wachstum und Wohlstand, sondern haben vielmehr absolute Priorität.

Die bisherige Krisenbewältigungspolitik setzt vornehmlich auf einschneidende Sparprogramme, die VerursacherInnen und GewinnerInnen der Finanzmarktexzesse nimmt sie aber kaum für die von ihnen hervorgerufenen gesellschaftlichen

Kosten in die Pflicht. Nach wie vor sind Finanztransaktionen in hohem Maße von der Realwirtschaft abgekoppelt, und teils verstärkt sich dieser Trend noch weiter.

Ist Umweltpolitik zu teuer?

Während Banken und SpekulantInnen weitestgehend geschont werden, geht das europäische Spardiktat zu Lasten von So-

zialpolitik, aber auch von Umwelt-, Natur- und Klimaschutz. Mittel für Umwelt- und Klimapolitik, so das Argument, können nur durch Wirtschaftswachstum zur Verfügung gestellt werden. In Zeiten der Krise werden Umwelt- und Klimaschutz daher oft vorschnell auf der politischen Agenda herabgestuft. Hier liegt immer noch das überkommene Denken zugrunde, dass Umweltpolitik etwas kostet, was sich die Gesellschaft derzeit nicht leisten könne.

Dabei kommt es aber entscheidend darauf an, wie man Umweltpolitik betreibt. Im Hinterkopf schwirren meist kostenintensive Auflagen und Gebote, obwohl es wesentlich effektivere Ansätze gibt. Ökologische Finanzpolitik kann beispielsweise ein zentrales Steuerungsinstrument des Staates für die Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft darstellen.⁽¹⁾ Das verdeutlicht ein Vergleich der Einnahmepotenziale und Wirksamkeit zusätzlicher Steuern. Gemessen an Effizienzkriterien sollten sich nationale beziehungsweise regionale Steuersysteme auf die kostengünstigsten Besteuerungsgrundlagen stützen. Verglichen mit Steuern auf Arbeitseinkommen wie beispielsweise der Mehrwertsteuer schneiden Energie- und CO₂-Steuern im Hinblick auf ihre Auswirkungen auf das Bruttoinlandsprodukt (BIP) und Beschäftigungszahlen deutlich besser ab.

Umweltverschmutzung wird staatlich subventioniert

Umweltsteuern sind eben nicht nur ein umweltpolitisches, sondern vor allem ein finanzpolitisches Instrument. Traditionelle Steuern wie Mehrwertsteuern bringen hingegen keinerlei Zusatznutzen. Denn letztlich werden sie auf die Preise aller Produkte oder Verhaltensweisen aufgeschlagen. Eine Differenzierung nach der Umweltschädlichkeit findet nicht statt und damit geht von ihnen kein Signal zum ökologischen Wandel aus. Trotzdem finanziert sich der Staat zu mehr als zwei Dritteln durch die Belastung des Faktors Arbeit mit Steuern und Abgaben. Arbeit, die eigentlich gesellschaftlich gefördert werden soll, wird steuerlich bestraft – eine paradoxe Verteuerung von Arbeit und Leistung.

2011 lag der Anteil von Umweltsteuern am Bruttoinlandsprodukt in Deutschland lediglich bei 2,25 Prozent. Damit steht die Bundesrepublik im europäischen Vergleich nur auf Platz 21. Die wahren Kosten von Natur- und Ressourcenverbrauch schlagen sich nicht in den Preisen nieder. Umweltverschmutzung ist nach wie vor zu billig und vielfach staatlich subventioniert: EU-weit werden fossile Brennstoffe jährlich mit 26 Milliarden Euro staatlich unterstützt. Der Ausbau von erneuerbaren Energien hingegen wird mit lediglich 30 Milliarden Euro gefördert. Dieses Missverhältnis scheint einmal mehr absurd, wenn man bedenkt, dass sich die globalen Folgekosten für unsere Gesundheitssysteme aufgrund des CO₂-Ausstoßes auf rund 42,8 Milliarden Euro belaufen⁽²⁾, fossile Brennstoffe weltweit allerdings weiterhin mit mehr als 1,4 Billionen Euro im Jahr, also dem mehr als 30-fachen der Folgekosten subventioniert werden.

Allein durch die nicht nur ökologisch, sondern auch sozial ungerechten Steuervergünstigungen für Dienstwagen entgehen den 28 EU-Staaten jährlich außerdem 54 Milliarden Euro an dringend benötigten Staatseinnahmen.

Steuern setzen falsche Anreize

In den USA nimmt die sogenannte CO₂-Blase bereits heute weitaus größere Ausmaße an als die Immobilienblase, die weltweite Finanzkrise ausgelöst hatte. Grund dafür ist die falsche Annahme, dass alle bekannten Öl-, Gas- und Kohlereserven auch gefördert werden. Um die Erderwärmung auf zwei Grad Celsius zu begrenzen und die CO₂-Emissionen wirksam zu reduzieren, dürfen rund 80 Prozent der Reserven aber nicht mehr gehoben werden. Ökologische Steuerpolitik könnte dieser CO₂-Blase entgegenwirken. Ein Schlüsselfaktor für die Attraktivität von Energiesteuern ist, dass sie neben einer effektiven Einnahmenezielung auch Energieeffizienzmaßnahmen begünstigen und somit zu reduzierten Energieimporten führen können. Die positiven Auswirkungen auf regionale und lokale Wertschöpfung sowie Beschäftigung sind dabei noch gar nicht berücksichtigt.

1999 gaben die EU-Mitgliedstaaten bereits 84 Milliarden Euro für Importe fossiler Energieträger aus Nicht-EU-Staaten aus. Das entsprach einem Prozent des BIP. 2011 hat sich dieses Verhältnis sogar fast vervierfacht: Die Importe beliefen sich auf 3,9 Prozent des BIP, umgerechnet 488 Milliarden Euro. Die massive Schiefergasförderung in den USA hat zudem zu einem Preisverfall für Kohle geführt. Statt eine CO₂-arme Wirtschaft zu fördern, investiert auch Deutschland derzeit in Kohle und konterkariert damit die mögliche Vorreiterrolle einer gelungenen Energiewende. Die Folge: Wichtige Arbeitsplätze in Zukunftsbranchen werden nicht geschaffen und Investitionen nach wie vor in die falsche Richtung geleitet.

Auf politischer Ebene besteht ein Zielkonflikt zwischen klimapolitischen Imperativen sowie politischem Willen und Mut, der es vielfach verhindert, dass die bestehenden wirkungsvollen Instrumente tatsächlich eingesetzt werden. Dabei gibt es ein großes Potenzial, bisher fehlgeleitete Mittel in die richtigen Bahnen zu lenken und die Konstruktionsfehler der derzeitigen Krisenbewältigung gerade auch durch eine ökologische Fiskalpolitik zu überwinden. Damit kann ein zukunftsweisendes Wirtschaftssystem geschaffen werden, das Arbeitsplätze, Wettbewerbsfähigkeit, Wirtschaftlichkeit, Umweltschutz und soziale Akzeptanz vereinigt. Das alles sollte einhergehen mit bürgernahem Dialog, um den Paradigmenwechsel auf allen Ebenen verständlich und tragfähig auszugestalten.

Ökologische Steuerpolitik als Krisenpolitik

Um auf breite Akzeptanz zu stoßen, müssten diese Reformen aber auch demokratische Entscheidungsprozesse stärken. Dazu gehören verbindliche Regeln, die einen Steuerwettbewerb hin zum niedrigsten Niveau, zum Beispiel bei den Benzinsteuern, verhindern. Steuerwettbewerb ist gut, aber er wirkt kontraproduktiv, wenn es um die gesellschaftlich erforderliche Internalisierung externer Kosten geht, also die Berücksichtigung von Umweltkosten bei der Preisgestaltung.

Auf EU-Ebene ist das sogenannte Europäische Semester ein potenziell wirksames Instrument, um ökonomische und ökologische Fiskalpolitik in den Mitgliedstaaten stärker zu forcieren.⁽³⁾ Dieser Koordinierungsprozess sollte gerade von umweltpolitischen Akteuren genutzt werden, um das Verursacherprinzip konsequent einzufordern. Wenn die EU ihre Chance nutzt, wird sie gestärkt für den globalen Wettbewerb aus der Krise hervorgehen.

Krisenbedingt steigende Staatsschulden sowie dringend notwendige Zukunftsinvestitionen in Bildung, Gesundheit, öffentlichen Verkehr oder nachhaltige Energieträger erfordern effektive Instrumente. Zusätzlich zur kosteneffizienten Reduzierung von Treibhausgasemissionen können ökonomische Instrumente einen entscheidenden Beitrag zur Bewältigung von Haushaltsdefiziten bei zugleich geringeren negativen Auswirkungen auf die Volkswirtschaft leisten. Das bedeutet, Produkte und Verhalten sollen gemäß des Verursacherprinzips ihre wahren Kosten widerspiegeln. Dazu muss sich eine ökologische Finanzreform eines breiten Repertoires an Instrumenten bedienen: Steuern, Abbau umweltschädlicher Subventionen, Emis-

sionshandel oder Grenzausgleich, also die Besteuerung importierter Waren.

Ziel sollte es sein, die ökologische Lenkungswirkung zu stärken, unerwünschte Verteilungswirkungen zu begrenzen und die wirtschaftliche Entwicklung zu fördern, beispielsweise durch die Absenkung von Sozialabgaben. Damit werden Arbeitsplätze im Land geschaffen und die Abhängigkeit von instabilen Preisen gemindert. Das hat den zusätzlichen Vorteil einer erhöhten Energiesicherheit und damit einer gesteigerten finanziellen und politischen Unabhängigkeit.

Trotz der in Wissenschaft, Politik und Wirtschaft anerkannten effektiven Anreizstrukturen einer ökologischen Finanzreform wird das unbestritten große Potenzial aber bei Weitem nicht ausgeschöpft. Schon seit Langem ist von einem neuen Narrativ und einem Paradigmenwechsel in der Steuerpolitik die Rede. Jetzt ist es an der Zeit, Taten folgen zu lassen. Zur Umsetzung bedarf es mutiger PolitikerInnen, ökonomischen Sachverständigen, interdisziplinär agierender WissenschaftlerInnen und einer aufgeklärt kritischen Zivilgesellschaft. Die Vorteile einer europaweiten Ökologisierung der Finanzsysteme muss für BürgerInnen und Unternehmen ver-

ständig gemacht werden, indem die lokalen, regionalen und nationalen Chancen aufgezeigt werden. Mit Steuerpolitik lassen sich vielleicht keine Wahlen gewinnen. Konkrete, zukunftsfähige, glaubwürdige und nachhaltige Alternativen machen das aber möglich. Die Kombination der verschiedenen ökonomischen Instrumente sowie eine intelligente Infrastruktur sind dafür beste Voraussetzungen.

Anmerkungen und weiterführende Links

- ▶ (1) CETRIE-Report „CO₂-Besteuerung und Haushaltskonsolidierung“, www.kurzlink.de/foes-gbe-cetrie
- ▶ (2) www.env-health.org/IMG/pdf/heal_coal_report_de.pdf
- ▶ (3) Für weitere Informationen zum europäischen Semester: www.kurzlink.de/dnr-eu-eurosemester und www.kurzlink.de/gbe-public-hearing13

Die promovierte Diplom-Kulturwirtin leitet seit 2012 das Brüsseler Büro von Green Budget Europe. Die europäische Plattform ist ein Impulsgeber für eine ökologische Finanzreform.

Kontakt:

Tel.: +32 (0)2 / 790 88 12

E-Mail: constanze.adolf@green-budget.eu



Umweltgerechtigkeit

Umweltbewegung in der Krise

An Umverteilung führt kein Weg vorbei, aber sie muss von oben nach unten erfolgen

In der ökonomischen, sozialen und politischen Krise der Europäischen Union bleibt der Umweltbewegung nur eins: sich selbst abschaffen. Warum? Weil sie nur als Bewegung für Umweltgerechtigkeit wirklich erfolgreich sein kann, ohne sich zur Erfüllungsgehilfin der Austeritätseeliten in Politik und Wirtschaft zu machen. ■ VON TADZIO MÜLLER UND ALEXIS PASSADAKIS

Arme Umweltbewegung! In der aktuellen Krise der EU scheint ihr auf den ersten Blick nichts anderes übrig zu bleiben, als sich zwischen zwei schlechten Alternativen zu entscheiden: Auf der einen Seite könnte sie sich den vom amerikanischen Starökonom Paul Krugman sogenannten „Austerianern“ anschließen, also dem dominierenden Teil der europäischen Herrschenden, die im Windschatten

der Krise ihr aggressives Macht- und Ressourcenverteilungsprojekt mit Hilfe von Schuldenbremsen, Lohnkürzungen und Bankenrettungen immer weiter treiben. Es versteht sich von selbst, dass Umverteilung hier allerdings nur nach oben stattfindet.

Die Sparrhetorik der Austerianer weist aber tatsächlich einige Ähnlichkeiten mit ökologischen Diskursen auf, immerhin ist die zentrale Kritik der Umweltbewegung ja

eine am „immer mehr“ des kapitalistischen Produktivismus. Aber natürlich stehen die neoliberalen Sparzwänge im direkten Widerspruch zur Notwendigkeit massiver staatlicher Investitionen in einen wie auch immer gearteten ökologischen Umbau – und der ökologisierte Staat wäre mit Sicherheit deutlich interventionistischer, als den Neoliberalen lieb wäre. Ein Bündnis mit diesen Kräften würde bedeuten, dem